



Newsletter Nr. 5, 19.10.2023

Inhalt

Editorial	2
der fünfte Newsletter 2023 ist erstellt und steht zum Lesen bereit	2
Berufsständisches	2
Fortbildung und Mitgliederversammlung am 06.10.2023 in Tripsdrill/ Cleebronn	2
Fachliches	3
Polen hat ein Legionellenproblem	3
Kommen die Legionellen aus dem Trinkwasserverteilsystem?	3
Auffallende Nachrichtenarmut zur Legionellose in Polen.....	3
„Russland versucht Kapital aus der Massenerkrankung zu schlagen“	3
Legionellen auch in der Uniklinik Freiburg	4
... und im Klinikum Frankfurt/Oder ebenfalls	4
Die Frankfurter Uniklinik hat ein Pseudomonas-Problem	5
Stuttgarter Verbraucherschutzministerium warnt vor Epoxidharz-Innenauskleidung.....	5
Nach Corona: NRW bekommt neues Landesgesundheitsamt	6
Wechsel in der Leitung von Gesundheitsämtern – Beispiel Dortmund	7
Die Kommunikation in der Corona-pandemie – im Guten wie im Schlechten	7
Neubesetzung der Amtsleitung: „Alles andere als einfach“	8
Gesundheitsprävention in Dortmund: Armut und Krankheit	8
Gesundheit in Abhängigkeit von Wohnumfeld, Bildung & Einkommen	8
RESILIENT soll den Menschen helfen, die „weniger ideal“ leben.	9
Mehr Infos zu RESILIENT.....	10
Forschungsprojekt des TZW	10
Terminkalender	10
Aus vorherigem Newsletter:	10
Fachseminar „Betreiberpflichten in der Wasserversorgung“	10
Neu aufgenommen:.....	11
15. Langenauer Wasserforum (LWF).....	11
Firma JUDO GmbH bietet Ihnen Seminare in unterschiedlichen Formaten an:	11
Trinkwasser-Probenahme (Basis- und Auffrischkurse).....	11
Weitere Trinkwasserveranstaltungen des DVGW.....	11
Stellenanzeigen	11
Das Landratsamt Ortenaukreis stellt ein:.....	11

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

der fünfte Newsletter 2023 ist erstellt und steht zum Lesen bereit.

Unter der Rubrik Berufsständisches, möchte ich kurz über unsere Fortbildungsveranstaltung und anschließender Mitgliederversammlung die am 6.10.2023 in den Tagungsräumen vom Vergnügungspark Tripsdrill, in sehr schönem Ambiente, stattgefunden hat.

„Fachliches“ befasst sich mit folgenden Themen:

In den ersten Artikeln erfahren wir etwas über einen Legionellen Ausbruch in Polen. 22 Menschen sind an den Folgen einer Legionellose bereits verstorben. Dass Russland dabei eine Rolle spielen soll, unterstreicht die derzeitige politische Situation. Auch die Uniklinik in Freiburg sowie das Klinikum in Frankfurt/Oder haben bekannt gegeben, ebenfalls ein Legionellenproblem in ihren Kliniken zu haben. In Frankfurt wird gerichtlich geprüft, wessen Schuld der Tod von 2 Personen, die ebenfalls an Legionellose erkrankt waren, sein könnte.

Das Frankfurter (Main) Uniklinik hat ein anderes Problem in seinen Trinkwasserleitungen. Bei Routineuntersuchungen sind in mehreren Gebäuden des Klinikums Pseudomonaden im Trinkwasser festgestellt. Da das Klinikum über ein enorm langes Trinkwasserleitungsnetz verfügt, ist die Suche der Ursache besonders schwierig. Der als Gutachter beigezogene Hygienespezialist, Prof. Dr. Martin Exner, habe der Klinikleitung ein adäquates Krisenmanagement bestätigt.

Das Stuttgarter Verbraucherschutzministerium warnt vor Epoxidharz-Innenauskleidungen in Trinkwasserleitungen von Hausinstallationen. In Warmwasserleitungen, die einer Innenauskleidung unterzogen wurden, mussten erhöhte Bisphenol A Werte festgestellt werden.

Auf Grund der Coronapandemie, wird in NRW ein neues Landesgesundheitsamt errichtet, dass die Bündelung und Straffung der Kompetenzen in der nordrhein-westfälischen Gesundheitsverwaltung vorantreiben soll.

Ziel, soll und muss es sein, den öffentlichen Gesundheitsdienst für künftige Herausforderungen zu stärken.

Im Gesundheitsamt Dortmund und vielen weiteren Gesundheitsämter gab es seit der Coronapandemie einen Wechsel in den Amtsleitungen. Häufigster Grund, sei dabei der Ruhestand. Eine Bilanz des dortigen, in den Ruhestand verabschiedeten Amtsleiters, und was in Zukunft anders gemacht werden sollte, ist unbedingt lesenswert.

Dass die Gesundheit in Abhängigkeit von Wohnumfeld, Bildung und Einkommen steht ist seit jeher bekannt. Um diese Zusammenhänge auf lokaler Ebene stärker herauszuarbeiten und künftig möglichst positiv zu gestalten, haben die Gesundheitsämter der Städte Dresden, Frankfurt/Main und Stuttgart sowie das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden ein Projekt gestartet. Ziel dieses Projektes „Resilient“ soll es sein, anhand stadtteilbezogener Daten die Gesundheit der Menschen in den Städten nachhaltig zu verbessern. Dieses Projekt wird im Rahmen der Bekanntmachung „Strukturelle Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)“ gefördert.

Berufsständisches

Fortbildung und Mitgliederversammlung am 06.10.2023 in Tripsdrill/ Cleeborn

Die Fortbildung und anschließende Mitgliederversammlung war für alle 24 Teilnehmer eine gute Gelegenheit, sich auszutauschen und neue interessante Themen zum Infektionsschutz und Badewasser zu erfahren.

Wir wurden sehr gut vom Team des Veranstaltungsortes durch den Tag gebracht. Sowohl für das leibliche Wohl als auch dem Spaß wurde gesorgt. Die Attraktionen des Parks konnten im Anschluss an die Mitgliederversammlung 2023 kostenfrei genutzt werden.

Abgerundet hat dieser besondere Tag nicht zuletzt das schöne Wetter. Es war ein gelungener, interessanter und abwechslungsreicher Tag. Den Referenten Herrn Schaff und Herrn Reuß sei auf diesem Wege nochmals herzlich gedankt.

Unter www.hygieneinspektoren-bw.de/veranstaltungen/ kann sich jeder

nochmals darüber informieren. Außerdem stehen für unsere Mitglieder unter www.hygieneinspektoren/mitgliederbereich das Protokoll der Mitgliederversammlung und weitere Informationen zur Verfügung.

Fachliches

Polen hat ein Legionellenproblem

Bei einem großen Legionelloseausbruch in der polnischen Stadt Rzeszow und der umliegenden Region in der Woiwodschaft Südkarpaten waren mit Stand von Anfang September 2023 bereits 22 Menschen gestorben. Wie das örtliche Gesundheitsamt mitteilte, hätten alle Verstorbenen über Vorerkrankungen und/oder Immunschwäche gelitten. Über 160 Menschen seien erkrankt. Die meisten von ihnen, nämlich 107, würden aus Rzeszow selbst stammen. Bei den Erkrankten seien keine Übereinstimmungen - etwa beim Wohnort, einem Aufenthalt an einem konkreten Ort oder bestimmten Aktivitäten - festgestellt worden. 50 Erkrankte müssten auf Intensivstationen behandelt werden. Der erste Fall einer Legionellen-Infektion war am 17. August 2023 registriert worden. Polnische Medien hätten berichtet, dass man vereinzelte Fälle von Legionellose in den benachbarten Woiwodschaften Małopolskie und Lubelskie sowie in der Woiwodschaft Wielkopolskie festgestellt habe. **Anfang Oktober 2023 wurde berichtet, dass mittlerweile 27 Menschen an der Legionellose gestorben seien, die Zahl der erkrankten Menschen habe sich auf über 300 erhöht.**

Rzeszow – eine Stadt mit rund 196.000 Einwohnern - liegt rund 250 Kilometer südlich von Warschau. Nachdem ab Mitte August 2023 die Epidemie immer größere Kreise gezogen hatte, war im polnischen Gesundheitsministerium ein Krisenstab eingerichtet worden. Zudem habe die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Team nach Polen entsandt, um dabei behilflich zu sein, die Ursache und die Quelle der Infektion zu ermitteln.

Kommen die Legionellen aus dem Trinkwasserverteilsystem?

Als Ursache des Massenausbruchs wurde das Trinkwasserverteilsystem in Rzeszow vermutet. Vorsorglich wurde das eingespeiste Trinkwasser mit hohen Dosen von Chlor und Ozon behandelt. Die Chlordosis soll um das 20fache erhöht worden sein. Auch die UV-Bestrahlung habe man intensiviert. Zudem seien die EinwohnerInnen der Region aufgefordert worden, das Trinkwasser vor dem Konsum abzukochen. Das Wasserverteilsystem in der Hauptstadt der Vorkarpaten gilt als weitgehend marode und sei dringend sanierungsbedürftig.

Auffallende Nachrichtenarmut zur Legionellose in Polen

Merkwürdig ist, dass sich seit Anfang Oktober in den von uns durchgesehenen Medien keine weiteren Berichte mehr über den schwerwiegenden Legionellose-Massenausbruch finden. Auch Recherchen mit Google und dem KI-gestützten MS-Suchdienst Bing führten bis Mitte Oktober zu keinen aktuellen Treffern. So ist es weiterhin unklar, ob das Trinkwasserverteilnetz tatsächlich die (alleinige) Ursache ist und wie hoch die aktuellen Sterbe- und Erkrankungszahlen derzeit sind.

„Russland versucht Kapital aus der Massenerkrankung zu schlagen“

Da in weiten Kreisen in der polnischen Politik und in der dortigen Bevölkerung ein massives Misstrauen gegenüber Russland herrscht, wurde sofort das Gerücht gestreut, dass Russland hinter dem Krankheitsausbruch stehen könnte. Deshalb hatte auch der polnische Inlandsgeheimdienst (ABW) Ermittlungen zur Ursache der Legionellen Erkrankungen stuttgaaufgenommen. Eine ursächliche Verwicklung von Russland in den Massenausbruch konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Der stellvertretende polnische Ministerpräsident Stanislaw Zaryn, der die Geheimdienste koordiniert, habe

gleichwohl erklärt: „Wir beobachten, dass Russland versucht, aus diesem Anlass Panik zu säen.“ Gemeint war damit, dass angeblich Russland die Falschmeldung verbreite, dass ukrainische Flüchtlinge die Krankheit eingeschleppt hätten. Rzeszow ist nämlich nicht nur die wichtigste Drehscheibe für Material- und Waffentransporte in die Ukraine hinein, sondern auch der Hauptweg für ukrainische Flüchtlinge nach Polen. Zudem ist in Rzeszow US-Militär stationiert.

Legionellen auch in der Uniklinik Freiburg

...

Am 12. Okt. 2023 hatte die Universitätsklinik Freiburg bekannt gegeben, dass man in umfangreichen internen Untersuchungen festgestellt habe, „dass in einem Teil der Gebäude der technische Maßnahmenwert der Trinkwasserverordnung für Legionellen überschritten“ worden sei.

Man habe daraufhin die Zahl der Probenstellen und -entnahmen deutlich erhöht, alle betroffenen Rohrleitungen umfassend gespült und Waschbecken und Duschen in den betroffenen Patientenbereichen mit Filtern ausgestattet. Durch die Ausstattung mit Legionellenfiltern habe das Wasser an diesen Entnahmestellen Trinkwasserqualität und könne unbedenklich genutzt werden. Ebenso habe man die Duschen der MitarbeiterInnen mit Filtern versehen. Die Trinkwasserbrunnen im Klinikum seien bereits werkseitig mit Filtern ausgestattet. Ferner habe man einen externen, unabhängigen Sachverständigen für die Risikoeinschätzung sowie für die Evaluation und die Begleitung der geplanten Maßnahmen hinzugezogen. Im Hinblick auf weitere Schritte stehe man mit dem Freiburger Gesundheitsamt „in enger und guter Abstimmung“, wurde Prof. Dr. Philipp Henneke, Ärztlicher Direktor des Instituts für Infektionsprävention und Krankenhaushygiene des Universitätsklinikums Freiburg, in der Pressemitteilung zitiert.

Hingewiesen wurde in der Pressemitteilung, dass Legionellen „häufig in älteren Leitungswassersystemen“ vorkommen würden. Das Wasserleitungsnetz des Klinikums sei mehr als 300 Kilometer lang und in Teilen

mehr als 70 Jahre alt. Teilweise würden Kalt- und Warmwasserleitungen ohne Isolierung nebeneinander liegen, „was zu einer Erhöhung der Kaltwassertemperatur und damit zur erleichterten Vermehrung der Legionellen führen“ könne. Auch Totleitungen und wenig genutzte Wasserauslässe könnten eine Quelle sein. Die kontinuierliche Risikoabschätzung und Evaluation der bereits umgesetzten und geplanten Maßnahmen durch den externen Gutachter werde lt. Pressemitteilung des Uniklinikums weitere wichtige Erkenntnisse bringen. Die Umsetzungen der geplanten baulichen Veränderungen würden allerdings „voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen“. Weitere Auskunft zum Stand der Abhilfemaßnahmen:

kommunikation@uniklinik-freiburg.de

... und im Klinikum Frankfurt/Oder ebenfalls

Im Juli 2023 hatte die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen leitende Mitarbeiter des Klinikums in Frankfurt/Oder eingeleitet. Es werde untersucht, ob der Tod von sechs Patienten auf eine Legionellose zurückzuführen sei. Das dortige Gesundheitsamt gehe eher nur von zwei ursächlichen Zusammenhängen mit Legionellen aus. Diese Patienten seien Anfang Juli 2023 an der Legionärskrankheit verstorben. Das Klinikum in Frankfurt/Oder war vor zwanzig Jahren schon einmal wegen der Legionärskrankheit in die Schlagzeilen gekommen: Im Jahr 2003 waren sieben Patienten mutmaßlich im Zusammenhang mit einer Legionellose gestorben. Erst vier Jahre später - im November 2007 - hatte die dortige Staatsanwaltschaft ebenfalls eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung geprüft. Möglicherweise seien die Infektionen durch Fehlverhalten des Klinikums verursacht worden. Im Visier der Ermittler standen damals ein Geschäftsführer der Frankfurter Klinik und ein Vorstandsmitglied der Rhön-Klinikum AG. Die Rhön-Kliniken hatten das Klinikum in Frankfurt/Oder 2002 übernommen. Wie die FAZ damals berichtete, war Auslöser der Ermittlungen eine anonyme Anzeige, die bei der Behörde eingegangen war.

Regiowasser



Hygienespezialisten hatten schon seinerzeit angeraten, das Wasserverteilsystem des Klinikums „dringend“ zu kontrollieren. DIE WELT hatte am 04.08.2003 berichtet, dass sich der Rhön-Klinik-Konzern mit „*ungewöhnlichen Maßnahmen*“ gegen die Vorwürfe zur Wehr gesetzt habe. Die Verteidigungslinie des Rhön-Klinik-Konzerns laufe darauf hinaus, dass das Leitungssystem des in der Kritik stehenden Bettenhauses die Vermehrung der Legionellen begünstigt habe. Bei dem Neubau handele es sich um eine „*Mist-Konstruktion*“. Die Fehler seien „*unter der Oberaufsicht der Stadt Frankfurt*“ geschehen.

Die Rhön-Krankenhaus-Gesellschaft hatte deshalb Klage gegen Unbekannt eingereicht. Die Wasseranlagen des Neubaus seien nicht den Regeln entsprechend installiert worden, so der Vorwurf der Rhön-Klinik AG.

In dieser Affäre ist es auffallend, dass die Medien seinerzeit gerne über die wechselseitigen Vorwürfe berichtet hatten, dass aber über den Ausgang der damaligen Verfahren keine Medienberichte zu finden sind. Das legt die Vermutung nahe, dass alle Verfahren sang- und klanglos im Sand verlaufen sind. Wer unter den LeserInnen des HYG.-NEWSLETTERS weiterführende Infos dazu hat, kann sich gerne bei der Redaktion melden.

Die Frankfurter Uniklinik hat ein Pseudomonas-Problem

Im September 2023 wurde bekannt, dass im Trinkwassersystem von 11 der 80 Gebäude der Frankfurter Uniklinik *Pseudomonas aeruginosa* detektiert worden sei. Betroffen wären fünf Gebäude mit Patientenversorgung – u.a. auch das Hauptgebäude des Klinikums. Nach dem ersten Positivbefund am 7. September sei sofort ein Notfallprogramm angelaufen, um herauszufinden, welche Klinikumsgebäude betroffen wären. Ferner seien Filter an den Wasserhähnen und Duschen angebracht worden. Das gesamte Trinkwassersystem der Klinik umfasse 20 Kilometer Leitungen mit etwa 4.000 Entnahmestellen. Der als Gutachter beigezogene Hygienespezialist, Prof. Dr. Martin

Exner, habe der Klinikleitung ein adäquates Krisenmanagement bestätigt. Exner ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene und Mitglied der Trinkwasserkommission des Bundesgesundheitsministeriums beim Umweltbundesamt. (Exner ist als Sachverständiger bundesweit unterwegs, wenn es um mikrobiologische Probleme im Zusammenhang mit Wasser geht - vgl. HYG.-NEWSL. vom Okt. 2022, Juli 2017, Juni 2017, Juli 2016, März 2016 ...). In der Uniklinik sei bislang keine Häufung von Infektionen festgestellt worden, die mit dem Keim im Zusammenhang stehen könnten, hieß es in einem Bericht der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 22.09.23.

Stuttgarter

Verbraucherschutzministerium warnt vor Epoxidharz-Innenauskleidung

Seit Jahren wird darüber gestritten (auch vor Gerichten, s. HYG.-NEWSL. vom Jan. 2014, Juni 2012, Nov. 2011, April 2010 und vom Juli 2009), ob die Innenauskleidung von löchrigen Hausinstallationen mit Epoxidharzen eine gesundheitliche Gefährdung nach sich ziehen könnte. Jetzt ist das Stuttgarter Verbraucherschutzministerium mit einer Warnung an die Öffentlichkeit getreten, in der der Einsatz von Epoxidharzbeschichtungen in Warmwassersystemen sehr kritisch beurteilt wird. Die am 30.08.23 publizierte Warnung des Ministeriums basiert auf einer Untersuchung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Stuttgart. Das Amt habe „*besorgniserregende Gehalte an Bisphenol A nach Epoxidsanierungen gefunden*“. Der ab dem Jahr 2024 gültige Trinkwassergrenzwert würde „*bei 87 Prozent der Warmwasserproben um mehr als das Achtfache überschritten*“, heißt es in der Pressemitteilung des Ministeriums. In der Pressemitteilung wird für Laien erläutert, dass die Epoxidsanierung „*von einschlägigen Unternehmen als eine vermeintlich günstige Alternative zur Komplettisanierung, also dem Austausch der*

Wasserleitungen, angeboten“ würde – und weiter:

„Meist sind die Gesundheitsämter in die Planungen von Eigentümern und Hausverwaltungen nicht eingebunden, da bei Wohn- oder Mehrfamilienhäusern die Sanierung der Behörde nicht gemeldet werden muss.“

Die Epoxidsanierung sei *„langfristig gesehen anscheinend nicht so sicher, wie es von den Anbietern anhand von Zertifikaten dargestellt wird“*, wurde Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU) in der Pressemitteilung zitiert. Hauk habe den *„Betreibern von Trinkwasserinstallationen im Hinblick auf die aktuellen Untersuchungsergebnisse einen kritischen Umgang mit dem Verfahren“* empfohlen.

Falls eine Sanierung nach diesem Verfahren bereits erfolgt sei, würde der Verbraucherschutzminister dazu raten, *„das Trinkwasser, vor allem das Warmwasser regelmäßig und dauerhaft auf Bisphenol A untersuchen zu lassen. Unauffällige Befunde in den ersten Jahren nach der Sanierung bedeuten keine Entwarnung. Temperaturen im Warmwasser von vorübergehend mehr als 65 Grad Celsius, die beispielsweise bei einer thermischen Desinfektion in jedem Fall erreicht werden, scheinen dazu zu führen, dass es langfristig zu Bisphenol A-Einträgen in das erwärmte Trinkwasser kommt. Wird der zukünftige Grenzwert überschritten, steht spätestens dann doch eine Komplettsanierung im Raum.“*

Weitergehend wird Minister Peter Hauk mit der Aussage wiedergegeben, dass im Kaltwasser Bisphenol A nicht nachgewiesen worden sei.

„Zum Verzehr und bei der Zubereitung von Lebensmitteln sollten Verbraucherinnen und Verbraucher daher vorsorglich Kaltwasser verwenden. Dieses kann in der Regel bedenkenlos getrunken und verzehrt werden.“

Die ganze Pressemitteilung des Ministeriums mit zusätzlichen Infos zu Bisphenol A unter:

<https://kurzelinks.de/obwe>

Nach Corona: NRW bekommt neues Landesgesundheitsamt

„Mit einer neuen Zentralbehörde will die NRW-Landesregierung den Gesundheitsschutz stärken. Das Land bekommt dafür mehr Befugnisse. Damit werden Lehren aus der Coronapandemie gezogen.“

Mit dieser Kernaussage leitete der WDR am 26.06.2023 einen Bericht über eine angestrebte **Bündelung und Straffung der Kompetenzen in der nordrhein-westfälischen Gesundheitsverwaltung** ein.

Grund für die neue Zentralbehörde waren die während der Coronapandemie offensichtlich gewordenen Schwächen bei der Aufstellung der Gesundheitsämter (vgl. die nächsten Notizen). Auch NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann habe die Schwachstellen erlebt: *"Es hat uns in der Pandemie zugesetzt, dass in vielen Regionen die Gesundheitsämter einfach zu schwach aufgestellt waren"*,

wurde der CDU-Politiker im WDR zitiert. Deshalb habe man nun Konsequenzen gezogen. Diesbezüglich stellte Laumann seine Pläne für ein "Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz" vor. In dieser zentralen Behörde werde man die Arbeit des bisherigen Landeszentrums Gesundheit NRW und des Landesinstituts für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung NRW zusammenführen.

„Vor die Frage gestellt, welche Lehren wir aus der Pandemie ziehen und wie wir den öffentlichen Gesundheitsdienst für künftige Herausforderungen stärken und weiterentwickeln können, kommen wir nun zum Schluss, dass wir vorhandene Strukturen bündeln müssen", sagte Laumann lt. WDR. Arbeitsabläufe müssten beschleunigt und Abstimmungsaufwand reduziert werden. So habe das Land künftig eine direkte Weisungsbefugnis gegenüber den Gesundheitsämtern vor Ort - was bislang über die Bezirksregierungen lief.

Das Ministerium spreche von einer "stärkeren und vereinfachten Durchsetzungsfähigkeit" bei der Erteilung von Handlungsanweisungen. Konkret solle das neue Landesamt etwa beim Infektionsschutz, in der Gesundheitsstatistik oder bei Schuleingangsuntersuchungen Zuständigkeiten bekommen.

"Für die Gesundheitsämter bedeutet dies Beratung und Aufsicht aus einer Hand und damit den von den Kommunen gewünschten Ausbau einer direkten Unterstützung", formulierte es das Ministerium.

Wechsel in der Leitung von Gesundheitsämtern – Beispiel Dortmund

In den letzten Monaten ist eine ganze Reihe von Leiterinnen und Leitern von Gesundheitsämtern in den Ruhestand gewechselt. In allen uns bekannt gewordenen Medienbeiträgen, die über den Wechsel in der Amtsleitung berichtet haben, spielte die Bewältigung der Coronapandemie eine wesentliche Rolle. Beispielhaft für zahlreiche weitere Berichte greift der HYG.-NEWSL. den Wechsel an der Spitze des Gesundheitsamtes in Dortmund auf. Über die Verabschiedung des dortigen Amtschefs, Dr. Frank Renken, hatte u.a. der lokale „Nordstättblogger“ am 10. Mai 2023 informiert:

„Die Coronapandemie, sie ist beim Rückblick auf Renkens Amtszeit das alles bestimmende Thema. Dabei war sie für ihn gar nicht so überraschend: ‚Dass einmal eine Pandemie kommt, war nur eine Frage der Zeit‘, so Renken in seinem persönlichen Statement. ‚Aber dass sie durch ein Corona-Virus ausgelöst wird und dass das Virus noch heute – mehr als drei Jahre nach Ausbruch – für Menschen tödlich sein kann, das war nicht zu erwarten.“

Die Kommunikation in der Coronapandemie – im Guten wie im Schlechten

Wesentlich für die Bewältigung der Pandemie in Dortmund sei für Renken die Kommunikation gewesen – „im Guten und im schlechten Sinne“.

„Dass wir hier in Dortmund mehrsprachig kommuniziert haben und früh die sozialen Medien eingebunden haben, war wichtig und richtig“, habe der scheidende Amtschef bilanziert. Dass man im Dortmunder Gesundheitsamt aber „immer nur nachgeordnet“ kommunizieren konnte, dass Bund und Land ihre Informationen mit der Kommune häufig nicht abgestimmt hätten, das wäre für ihn „mehr Verunsicherung als Hilfe“ gewesen. Renken hoffe, dass daraus Lehren für die Zukunft gezogen werden. Anlässlich seiner Verabschiedung sei Renken gefragt worden, was er im Rückblick heute anders gemacht hätte. *„War es beispielsweise nicht falsch, die Schulen zu schließen, gerade mit Blick auf die Folgen für die Gesundheit der Kinder?“* Für Renken hätten sich diese Fragen so nicht gestellt: *„Wir hatten Zielkonflikte, die sich nicht ohne Verluste auflösen lassen.“* Ähnlich hatte auch Dortmunds Dezernentin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Birgit Zoerner (SPD) auf der Verabschiedungsfreier für Renken argumentiert: Man könne und müsse Entscheidungen immer vor dem Hintergrund der damals vorhandenen Informationen beurteilen. Hinterher sei man bekanntlich immer schlauer.

Die Bundeswehr im Gesundheitsamt: „Zeit gewonnen“

Renken äußerte sich beim Amtswechsel „glücklich“ darüber, dass die Zusammenarbeit in der Stadt „unbürokratisch und konstruktiv“ gelaufen sei – über alle Zuständigkeitsbereiche hinweg. Sicher sei es auch seiner Biografie zu verdanken, dass die Bundeswehr in Dortmund so schnell und umfassend helfen konnte. Denn Renken habe bei der Bundeswehr studiert und habe sich deshalb während der Pandemie die rasche Unterstützung durch die Truppe sichern können.

„Das wirkte vielleicht etwas martialisch“, erinnert er sich, *„aber wir haben damit Zeit gewonnen, das zivile Personal aufzubauen.“*

In der Spitze seien 500 Menschen im Einsatz gewesen, um die Infektionsketten zu verfolgen. Damit habe Dortmund im Vergleich mit anderen Kommunen „lange Zeit eine geringe Sterblichkeitsrate“ gewährleisten können. Für ihn auch ein Erfolg dieser Strategie – vor allem

aber ein Erfolg vieler Menschen: „Das ist ja hier keine one-man-show“, so Renken.

Neubesetzung der Amtsleitung: „Alles andere als einfach“

Auf der Veranstaltung war es auch um die Neubesetzung von Renkens Leitungsposition im Dortmunder Gesundheitsamt gegangen. Ähnlich wie in anderen Gesundheitsämtern habe sich in Dortmund die Neubesetzung „alles andere als einfach“ gestaltet. Weder die öffentliche Ausschreibung noch die Zusammenarbeit mit einem Personaldienstleister habe geeignete Bewerbungen gebracht. „Wir haben uns daher für eine neue Lösung entschieden und die notwendigen Fachkompetenzen quasi geteilt“, so Gesundheitsdezernentin Zoerner. Nachfolger von Dr. Frank Renken wird sein bisheriger Stellvertreter Holger Keßling. Da dieser aber kein Mediziner ist, wurde eine neue Stabsstelle eingerichtet, für die zunächst ein Arzt oder eine Ärztin von außerhalb des Amtes gesucht wurde. Den Job bekam schließlich ein »amtseigenes Gewächs«: Andrea Hagenbrock ist Fachärztin für Innere Medizin. Sie arbeitete 14 Jahre lang in verschiedenen medizinischen Einrichtungen, bevor sie sich 2001 in den Dienst des Dortmunder Gesundheitsamtes stellte. Dort leitete sie später die Bereiche Sozialmedizin, Versorgungsmedizin, die Betreuungsstelle sowie den Infektionsschutz und die Umweltmedizin. Ab 2016 übernahm sie die medizinische Vertretung von Dr. Frank Renken. Zudem wurde war ihr von 2020 bis 2023 die Pandemieleitung innerhalb des Gesundheitsamtes übertragen worden.

Gesundheitsprävention in Dortmund: Armut und Krankheit

Was sei für den scheidenden Leiter des Dortmunder Gesundheitsamts noch wichtig gewesen? Fragt man Birgit Zoerner, so habe Renken natürlich auch viele weitere Gesundheitsthemen angestoßen. Da sei das Thema Ernährung an den Schulen, Projekte wie „Iss ok“ und die Wasserbrunnen: „Im Rahmen des Projektes ‚Iss ok in Dortmund‘ wurden seit 2017 über Fördergelder der Dortmunder Sparkasse Trinkbrunnen an Schulen installiert“, berichtete der Nordstadtblogger. Darüber hinaus habe Renken aber auch Projekte zur Sucht angestoßen - oder die Initiative

„Verrückt, na und?“, die früh das Thema seelische Gesundheit auf die Agenda genommen habe. Der Aufbau einer Sprechstunde für Nicht-Krankenversicherte sei ebenfalls Renkens Initiative zu verdanken.

Das Thema Prävention habe Renken besonders am Herzen gelegen: „Alles, was Kinder früh lernen, Essverhalten oder auch Bewegung, daran gewöhnen sie sich und davon profitieren sie dann ein Leben lang“, sei sich Renken auf seiner Abschiedsfeier sicher gewesen. Und er wisse auch:

„Kindergesundheit ist leider in vielen Stadtteilen Dortmunds nichts, was einfach da ist. Es ist eine Frage der Kultur, des Wissens und der finanziellen Ressourcen.“

Entsprechend wichtig sei ihm gewesen, das Thema Gesundheit bereits in den „Willkommensklassen“ zu etablieren. Er hoffe auf zeitnahe Lösungen für die Dortmunder Nordstadt und den dortigen Mangel an Kinderärzten. Der Nordstadtblogger berichtete hierzu unter der Überschrift **„Wir haben hunderte Kinder ohne kinderärztliche Versorgung – da muss sofort etwas passieren“** ergänzend, dass in Dortmund „immer mehr Menschen von einer ausreichenden und wirksamen gesundheitlichen Versorgung abgeschnitten“ seien. Gerade Kinder und Jugendliche seien in ihrer gesundheitlichen Entwicklung dadurch stark beeinträchtigt. Dies würde „vor allem Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status und häufig auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ betreffen. Die Coronapandemie habe „die grundsätzlich bekannten Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheit auch in Dortmund noch einmal besonders sichtbar gemacht“ (siehe dazu auch die nächsten drei Notizen). In dieser Zeit sei zudem sehr deutlich geworden, dass es vor allem niederschwellige, dezentrale und vernetzte Strukturen und Angebote sind, die Menschen trotz Entkoppelung vom Gesundheitssystem erreichen könnten.

Gesundheit in Abhängigkeit von Wohnumfeld, Bildung & Einkommen

In benachteiligten Stadtvierteln sind die Menschen öfters und länger krank. Der Einfluss des Wohnumfelds auf die Gesundheit spielt ebenso eine Rolle wie Bildung und Einkommen, aber auch die medizinische Versorgung. Um diese Zusammenhänge auf lokaler Ebene stärker herauszuarbeiten und künftig

möglichst positiv zu gestalten, haben die Gesundheitsämter der Städte Dresden, Frankfurt/Main und Stuttgart sowie das Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden das Projekt **„Dresdner Gesundheitsindex – ein kleinräumiges Monitoring des Gesundheitsstatus, Gesundheitsverhaltens und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung“**, Kurztitel **„RESILIENT“**, gestartet. Das gemeinsame Ziel der beteiligten Gesundheitsämter und des Uniklinikums ist es, anhand stadtteilbezogener Daten die Gesundheit der Menschen in den Städten nachhaltig zu verbessern.

Unter Federführung des Dresdner Gesundheitsamtes entwickeln die Partner des RESILIENT-Projekts eine Methodik, um Messzahlen zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung zu gewinnen. Diese Methodik soll künftig allen deutschen Gesundheitsämtern zur Verfügung stehen. Das online abgehaltene Kick-off-Meeting zum Projekt hat am 26. Juni 2023 stattgefunden. Die Gesundheitsbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden, Dr. Kristin Klaudia Kaufmann, dazu:

„Eine gesunde Stadt hat viele Faktoren. Es sind unser Verhalten, aber auch die Verhältnisse, in denen wir leben, die sich positiv oder negativ auf unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden auswirken können. Je besser wir diese Zusammenhänge verstehen und beschreiben, desto besser können Fachkräfte aus Verwaltung, Gesundheitswesen und sozialer Arbeit, aber auch engagierte Unternehmen und Ehrenamtliche in den Quartieren tätig werden. Dadurch können wir beispielsweise Gesundheitsförderung und Prävention dort anbieten, wo sie wirkt: Niedrigschwellig und vor den Haustüren unserer Bürgerinnen und Bürger. Aber nicht mit der Gießkanne, sondern passgenau aufgrund von Erkenntnissen über Gesundheitszustand, -verhalten und -versorgung sowie der sozialen Lage unserer Mitmenschen und den Umweltbedingungen.“

Prof. Michael Albrecht, Medizinischer Vorstand der Uniklinik Dresden ergänzte:

„Das Projekt RESILIENT ist ein gelungenes Beispiel für die stärkere Vernetzung von Wissenschaft und Öffentlichem Gesundheitsdienst (...). Wir freuen uns, hier einen Beitrag zu einer praxisorientierten Forschung zu leisten.“

Prof. Esther Troost, Dekanin der Medizinischen Fakultät der TU Dresden erläuterte:

„Das Projekt bietet auch die Möglichkeit, die Themen der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention auf evidenzbasierte Füße zu stellen und so ein Steuerungsinstrument für regionale Planungen zu entwickeln.“

Der Dresdner Gesundheitsindex ermögliche es den Ämtern, die gesundheitliche Lage der Bevölkerung lebensphasen- und geschlechterorientiert auf kleinräumiger Ebene, also in den Stadtteilen und Quartieren, zu beobachten. Berücksichtigt werden dabei auch soziale Faktoren, Umweltbedingungen und Gesundheitsversorgung. Gefördert werden sollen Verhaltensprävention, also das, was jeder individuell für seine Gesundheit tun kann, und Verhältnisprävention, sprich das, was gesamtgesellschaftlich getan werden müsse, um ein gesundes Lebensumfeld zu schaffen. Die Verhältnisprävention berücksichtige unter anderem die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger wie Wohnumgebung, Einkommen und Bildung.

RESILIENT soll den Menschen helfen, die „weniger ideal“ leben.

Frankfurts Gesundheitsdezernent Stefan Majer (Grüne) hatte die Zielrichtung des zuvor genannten RESILIENT-Projektes präzisiert:

„Selbstverständlich verwenden die Gesundheitsämter auch jetzt schon Zahlen als Grundlage für ihre Arbeit und Angebote. Die aktuelle Datenbasis liegt jedoch zumeist nur für eine gesamte Stadt vor und sagt nur wenig über die lebensphasenorientierte, geschlechtssensible oder räumliche Situation der Menschen aus. Zudem fehlt es bislang an effizienten Methoden, um die gesundheitliche Lage der Bevölkerung differenziert zu beschreiben.“

Mit RESILIENT wollen die Projektpartner die quartiersbezogene Datenlage verbessern. Profitieren sollen davon vor allem die Menschen in den Stadtteilen, *„in denen das Umfeld und die soziale Situation weniger ideal sind“*, so der Frankfurter Gesundheitsdezernent.

„Seit Langem ist bekannt, dass Menschen, die sozialökonomisch benachteiligt sind, ein erhöhtes Risiko haben, krank zu sein und früher zu sterben“,

hatte Dr. Peter Tinnemann, Leiter des Gesundheitsamts Frankfurt/Main, den Erkenntnisstand anlässlich des Projektstartes

zusammengefasst. Anhand der systematisch erhobenen Zahlen lasse sich künftig eindeutig feststellen, wo in der Stadt Mortalität und Morbidität besonders hoch sind. Zudem lasse sich unter Berücksichtigung aller Faktoren ableiten, wo die Gründe dafür liegen und was eine Stadt dagegen tun kann. Tinnemann hatte daran die Hoffnung geknüpft, dass der Dresdner Gesundheitsindex und die daraus resultierende, evidenzbasierte Gesundheitsberichterstattung „die Arbeit aller Gesundheitsämter effektiver machen“ werde. Ziel sei, die Menschen „künftig besser mit speziell auf ihre Bedarfe zugeschnittenen Angeboten zu erreichen.“

Der Projektansatz komme auch den Intentionen der Gesundheitsprophylaxe der Landeshauptstadt Stuttgart entgegen. Wie die Bürgermeisterin für Soziales und gesellschaftliche Integration, Dr. Alexandra Sußmann, erläutert hatte, wisse man in Stuttgart, „dass die Lebensverhältnisse in Stuttgart sehr unterschiedlich sein können“. Basierend auf diesen differenzierten Erkenntnissen müsse man zielgruppenspezifisch die kommunalen Maßnahmen ausrichten. Mit RESILIENT werde man die Datenbasis erweitern und verbessern. Mit dem Projekt sei die Absicht verknüpft, besonders den umweltbezogenen Gesundheitsschutz zu stärken. Mit dem Dresdner Gesundheitsindex wolle man eine Grundlage erarbeiten, um künftig mit anderen Fachbereichen wie Stadtplanung und Klimaschutz lebenswerte Quartiere mit viel Grün und einer guten Gesundheitsversorgung zu gestalten. Die Daten aus Frankfurt und Stuttgart würden dabei helfen, „unsere Methodik zu verifizieren und in die Fläche zu übertragen. Es ist zudem ein wichtiger Schritt auf dem Weg, uns als Lehr- und Forschungsgesundheitsamt aufzustellen“, fasste Dr. Frank Bauer, Leiter des Dresdener Amtes für Gesundheit und Prävention, die Gründe für die Beteiligung an RESILIENT für sein Gesundheitsamt zusammen.

[Mehr Infos zu RESILIENT](#)

Die beiden obigen Notizen basieren auf einer Pressemitteilung des RESILIENT-Projektes vom 26. Juni 2023. In der Pressemitteilung wird zum Hintergrund von RESILIENT noch erwähnt, dass das Projekt „Dresdner Gesundheitsindex“ (RESILIENT) aufgrund eines Beschlusses vom Deutschen Bundestag vom Bundesministerium

für Gesundheit im Rahmen der Bekanntmachung „Strukturelle Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)“ gefördert wird. Das Projekt werde von folgenden Partnerinnen und Partnern durchgeführt:

- Landeshauptstadt Dresden - Amt für Gesundheit und Prävention
- Technische Universität Dresden - Zentrum für Evidenzbasierte Gesundheitsversorgung (ZEGV)
- Frankfurt am Main - Gesundheitsamt
- Landeshauptstadt Stuttgart - Gesundheitsamt
- unter Mitwirkung des Gesundheitsamtes Köln sowie der Medizinischen Fakultät der Universität zu Köln

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Zentrum für Evidenzbasierte Gesundheitsversorgung - Prof. Dr. med. Jochen Schmitt und Falko Tesch

Tel.: 0351 458 89211

Die ganze Pressemitteilung unter:

<https://kurzelinks.de/j4v7>

[Forschungsprojekt des TZW](#)

ein Forschungsprojekt zu Stoffen mit hoher Persistenz und Mobilität in der Umwelt zeigt erneut auf, dass ein effektiver Ressourcenschutz Vorrang vor einer späteren Aufbereitung im Wasserwerk haben muss. Im Auftrag des Umweltbundesamtes gelang es mit Beteiligung des TZW: DVGW-Technologiezentrum Wasser, die Trinkwasserrelevanz anthropogener Chemikalien anhand ihrer Stoffeigenschaften und aus den zur Stoffregistrierung vorgelegten Daten abzuleiten.

Zu diesem Thema finden Sie auf der Website des TZW eine aktuelle Meldung mit Forschungsergebnissen dazu. [hier](#)

Terminkalender

Aus vorherigem Newsletter:

[Fachseminar „Betreiberpflichten in der Wasserversorgung“](#)

09.11.2023 in Esslingen

Programm unter folgendem Link

Ausschreibung_Fortbildung_4815.10.pdf
(dvgw.de)

Veranstalter: Verwaltungsschule des
Gemeindetags Baden-Württemberg
Weitere Infos und Anmeldung: Sabine
Kammermeier

Tel. +49 721 98446 -19

E-Mail:

sabine.kammermeier@verwaltungsschule-
bw.de

Neu aufgenommen:

15. Langenauer Wasserforum (LWF)

13. und 14. November 2023

als Hybrid-Veranstaltung bestehend aus
Präsenztagung und Webkonferenz

Anmeldung zum Langenauer Wasserforum
führen Sie bitte online unter
[https://myaccess.events/wasserforum2023/d
e/register](https://myaccess.events/wasserforum2023/de/register) durch.

Das Programm: <[https://www.lw-
online.de/fileadmin/lwonline/redaktion/pdf-
dateien/termine/LWF_2023 -
_Programm.pdf](https://www.lw-online.de/fileadmin/lwonline/redaktion/pdf-dateien/termine/LWF_2023_-_Programm.pdf)>, aktuelle Informationen und
den Link zur Anmeldung finden Sie auch unter
[https://www.lw-
online.de/trinkwasser/qualitaet](https://www.lw-online.de/trinkwasser/qualitaet)

Firma JUDO GmbH bietet Ihnen Seminare in unterschiedlichen Formaten an:

Seminare in Präsenz und
E-Learning-Kurse z.B. VDI-MT 6023 Blatt 4
Kategorie A und Kategorie B

[Seminare von JUDO: Nehmen Sie jetzt teil! |
JUDO.eu](https://www.judo.eu)

JUDO

Wasseraufbereitung GmbH
Hohreuschstr. 39 – 41
71364 Winnenden

Trinkwasser-Probenahme (Basis- und Auffrischungskurse)

Veranstalter: Deutsche Wasserakademie
Weitere Infos und Anmeldung
Internet: [https://www.deutsche-
wasserakademie.de/termine](https://www.deutsche-wasserakademie.de/termine)

Weitere Trinkwasserveranstaltungen des DVGW

[https://www.dvgw-
veranstaltungen.de/themenbereiche/themen/vera
nstaltungen/event-controller/Thema/event-
action/branchenlist/branche/201/](https://www.dvgw-veranstaltungen.de/themenbereiche/themen/veranstaltungen/event-controller/Thema/event-action/branchenlist/branche/201/)

Stellenanzeigen

Das Landratsamt Ortenaukreis stellt ein:
Hygienekontrolleur (m/w/d) im Sachgebiet
Umwelt- und Infektionshygiene

beim Gesundheitsamt

Ausführliche Informationen:

[Hygienekontrolleur \(m/w/d\) \(ortenaukreis.de\)](https://www.ortenaukreis.de)

Bewerbungsfrist endet am 29.10.2023

Impressum

Herausgeber: Berufsverband der Hygieneinspektoren
Baden-Württemberg e. V.
Verantwortlich: Simone Zimmermann
Anschrift: Wilhelm-Keil-Straße 50
72072 Tübingen
Telefon: (07071) 2073356
Fax: (07071) 20793356
E-Mail: info@hygieneinspektoren-bw.de
Web: <http://www.hygieneinspektoren-bw.de>



Erscheinungsweise: ab Januar 2020 zweimonatlich